Die Transferagentur für Großstädte
der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung

THEMENDOSSIER

Mehr Raum für Bildung - Kreative Nutzungsmög-lichkeiten für Gebäude und Flächen in Städten

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

deutsche kinder-
und jugendstiftung

Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement
Agentur Großstädte

Impressum

Herausgeberin
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH
Tempelhofer Ufer 11
10963 Berlin
Tel.: (030) 25 76 76 - 0
www.dkjs.de
info@dkjs.de

Diese Publikation wurde von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung im Rahmen des Programms Transferagentur für Großstädte angefertigt. Die Transferagentur für Großstädte unterstützt Städte im Aufbau eines datengestützten Bildungsmanagements. Sie wird als Vorhaben der „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement" aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Partner sind die Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., die Bürgerstiftung Bremen, die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg und die Bremer Senatorin für Kinder und Bildung.

www.transferagentur-grossstaedte.de

Redaktion
Sabrina Dietrich, Ricarda Eberhardt, Senem Kaya

Bildnachweis
Chiussi/Agentur StandArt (S. 17), Mirjam Graf (S. 23), Markus Lenk (Titel, S. 9), Lindemeier (S. 10), W. Schaub-Walzer/PID (S. 18), Frank Scheffka (S. 4, S. 5, S. 6, S. 21), DKJS (S. 11, S. 14, S. 15), Privat (S. 2)

Gestaltung
Studio GOOD, Berlin

Druck
LASERLINE GmbH

Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) setzt sich für Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen ein. Für dieses Ziel bringt die DKJS Akteure aus Staat, Wirtschaft, Praxis und Zivilgesellschaft zusammen und entwickelt mit ihnen praktische Antworten auf aktuelle Herausforderungen im Bildungssystem.

© DKJS 2022

Die Inhalte dieser Publikation wurden mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt. Es wird jedoch keinerlei Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen übernommen.

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement

Themendossier

von Anne Gebauer, Nele Groth und Markus Lindner, Transferagentur für Großstädte

Stand: April 2022

Alle Themendossiers der Transferagentur für Großstädte finden Sie unter www.transferagentur-grossstaedte.de/publikationen

Inhalt

04 Raum für Bildung, zum Leben und Aufwachsen – Eine städtebauliche Vision

06 Kapitel 1: mehr.multi.zwischen.um – Kreative Nutzungspotenziale für mehr Raum für Bildung
09 mehr.multi.zwischen.um – Nutzungsvarianten auf einen Blick

10 Kapitel 2: Neue Möglichkeitsräume – Konzeptionelle Handlungsempfehlungen für (mehr) kooperative Stadtentwicklung im Bildungsbereich
11 Strategische Zielsetzung
11 Erhebung von Daten und Zugang zu Wissen
12 Kooperation und Koordination
12 Kommunikation und Commitment

13 Kapitel 3: Zoom in die Praxis
13 Wien
14 Berlin
15 Leipzig
16 Mönchengladbach
17 Frankfurt am Main
18 Aus der Not eine Tugend machen – Wien und die Mehrfachnutzung als strategisches Vorhaben der Stadtentwicklung
22 Jugend- und Freizeithäuser als Impulsgeber

24 Kapitel 4: Fazit – Gute Gründe für Mehrfachnutzung
26 Weitere Literaturhinweise
27 Endnoten

Raum für Bildung, zum Leben und Aufwachsen – eine städtebauliche Vision

Es ist 16 Uhr. Selma hat Schulschluss. Sie geht auf eine Ganztagsschule. Am frühen Nachmittag hatte sie hier Gitarrenunterricht und hat nun gerade ihre Hausaufgaben in der Lernzeit – ein festes, täglich zur Verfügung stehendes Zeitfenster, in dem die Schüler:innen allein oder in kleinen Gruppen Unterrichtsinhalte üben oder vertiefen können – erledigt. Ihre Schulsachen lässt sie in ihrem Spint. Nur ihre Gitarre nimmt sie mit, weil sie mit ihren Freund:innen noch Musik machen möchte.

Selmas Schule ist in einem alten Kaufhausgebäude untergebracht, das die Stadt vor einiger Zeit kaufte und umbaute. Mit Rolltreppe oder Fahrstuhl kann man barrierefrei von der Mensa in die Bibliothek und dann auf den Dachgarten fahren, der früher ein Parkdeck war. In die ehemaligen Verkaufsflächen sind viele unterschiedliche Räume und Module aus Holz eingebaut worden – als Klassenzimmer, Fachräume oder Ausruhzonen. Die Schaufenster im Erdgeschoss werden von der benachbarten Hochschule für Design und Robotik für Ausstellungen und Vorführungen genutzt, was immer wieder zu spontanen Kooperationen zwischen Schule und Hochschule führt: Auch der Programmierunterricht der Schule beruht auf solch einer spontanen Aktion und wird noch heute von Studierenden geleitet.

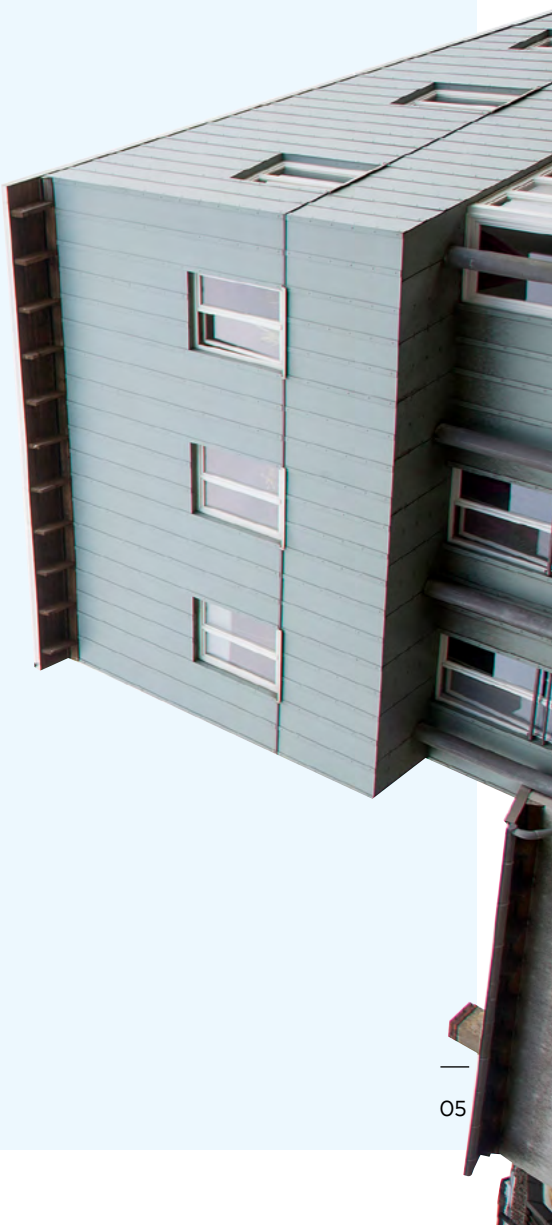
Selma trifft sich mit Freund:innen an dem kleinen Amphitheater neben dem Outdoor-Fitness-Parkour im Park. Nur ein paar Minuten von der Schule entfernt. Hier hängen sie auf den Stufen ab, hören Musik über Bluetooth-Lautsprecher und klimpern auf Instrumenten herum. Die Jugendlichen, die kein eigenes Instrument haben, leasen oder leihen sich eines der von der Kommune gestellten aus. Das und viele weitere Services für mehr Teilhabe werden über verschiedene Institutionen wie Schulen, Jugendclubs und Bibliotheken ermöglicht und mithilfe ihrer Schul-Card koordiniert. Diese ist vergleichbar mit einem digitalen Mitgliedsausweis oder einer Krankenkassenkarte.

Eine **Vision** zeichnet ein greifbares Bild über einen wünschenswerten Zustand in der Zukunft. Sie ermöglicht das Überwinden von Denkschranken sowie die Entwicklung einer emotionalen Identität und eines gemeinsamen Selbstverständnisses. Damit können sich alles Denken und Handeln an diesem Ziel orientieren. Trauen Sie sich und visionieren Sie: Wie soll Ihre Stadt in der Zukunft aussehen und wofür soll sie stehen?

Ein paar Ecken entfernt holt Selmas Vater Phillip ihren kleinen Bruder Pedro aus der Kita ab. Die Kita Ringelblümchen ist vor ein paar Jahren in eine ehemalige Kirche eingezogen, die das Zentrum von Selmas Viertel bildet. In der alten Kirche befinden sich jetzt auch ein Treffpunkt für Senior:innen und ein Familienzentrum. Phillip und Pedro bleiben noch auf dem Spielplatz im ehemaligen Pfarrgarten, den sich Senior:innentreffpunkt, Kita und Familienzentrum teilen. Pedro spielt mit anderen Kindern, während Phillip sich mit Heike und Erika über das Sommerfest des Stadtteils unterhält, das die verschiedenen Institutionen und Vereine der Gegend gemeinsam organisieren. Auch dieses Jahr wird das ältere Paar dort wieder ihre Zaubershow zeigen.

Am frühen Abend trifft sich die ganze Familie vor dem Kirchengebäude, um gemeinsam nach Hause zu gehen. Selmas Mutter Maryam, die in der Stadtverwaltung arbeitet, war nach der Arbeit noch beim NABU-Treffen in der Mensa von Selmas Schule. Die Gruppe hat für ihre regelmäßigen Treffen einen extra Schlüssel mit Transponder bekommen, mit dem können sie selbstständig in die von ihnen gebuchten Räume gehen. Auch andere Vereine und Gruppen aus der Nachbarschaft nutzen am Abend hier jetzt mit eigenem Transponder bestimmte Räumlichkeiten. Sie zahlen dafür einen kleinen Beitrag, um bei Material, Energiekosten, Reinigung und ähnlichem zu unterstützen. Auch Selmas Vater hat sich letzte Woche mit zwei Freundinnen in der Schule getroffen. In der vollausgestatteten Werkstatt haben sie eine Plastik als Geburtstagsgeschenk für einen gemeinsamen Kumpel geformt. Solche unregelmäßigen Raumbuchungen sind über ein Onlineportal möglich, wo man direkt mit gängigen Bezahldiensten zahlen kann und einen Code bekommt, um die Türen zu öffnen.

Auf dem Weg nach Hause gehen Selma und ihre Familie noch kurz in den Supermarkt. Und Selmas Mutter erzählt mal wieder, wie es in ihrer Jugend hier im Quartier ausgesehen hat – mit langen Wegen und schlecht genutzten Räumen. Bis die Stadtverwaltung vor nun mehr knapp zwei Jahrzehnten den Weg für Umdenken und Erneuerung geebnet hat.



KAPITEL

01

mehr.multi.zwischen.um – kreative Nutzungspotentiale für mehr Raum für Bildung

„Öffentliche Gebäude [sollten] immer multifunktional geplant und gebaut werden. Ziel muss eine Maximierung der Nutzungszeiten in den Gebäuden sein. Dann können öffentliche Immobilien auch von mehreren Akteuren gleichzeitig betrieben und unterhalten werden.“[1]

Helmut Dedy

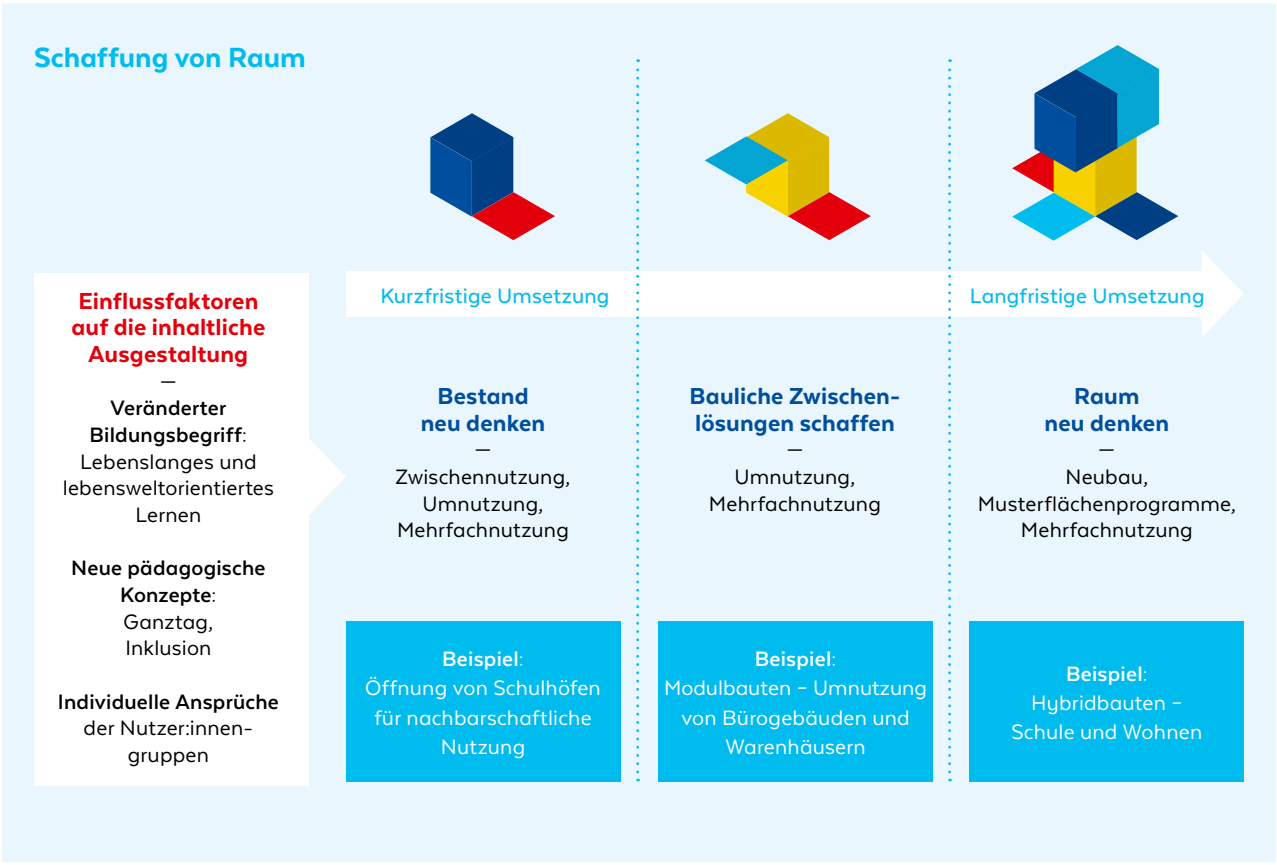
Durch wachsende Einwohner:innenzahlen – vor allem in Ballungsgebieten und Großstädten – entsteht eine zunehmende Raumknappheit, verbunden mit einem hohen Flächendruck, also hohen und vielfältigen Ansprüchen an die Nutzung von Gebäuden, von Flächen im Bestand und auf unverbauten Freiflächen. Dies gilt nicht nur für Wohnraum, sondern auch für Bildungsräume jedweder Art. Denn mit mehr Einwohner:innen wächst auch der Bedarf an qualitativ hochwertigen formalen, non-formalen und informellen Bildungsangeboten. Zusätzlich verändern sich pädagogische Konzepte, sodass Gebäude, einzelne Räume und Außenflächen entsprechend baulich angepasst werden müssen – und dies alles sozialverträglich, ökologisch nachhaltig und ökonomisch effizient.

Deshalb wird es immer dringlicher, alternative und/oder kreative Konzepte für Flächen, Raum und deren Nutzung zu etablieren. Dabei geht es auch um eine „neue" Betrachtung und Nutzung von vorhandenen Räumen, Freiflächen und Einrichtungen. Denn neue Bauten allein können den gestiegenen Bedarf nicht abdecken, da nicht überall genügend Bauland vorhanden ist. Steigende Baupreise, der Mangel an Baumaterialien und Fachkräften sowie die langwierige Verfahrens-, Genehmigungs- und Umsetzungsdauer sind nur einige Gründe, die Neubau erschweren und andere Lösungsansätze wie die Zwischen-, Um- und Mehrfachnutzung erforderlich machen.

Mit temporärer Zwischen- oder dauerhafter Umnutzung freiwerdender Gebäude und Flächen (z. B. Büroflächen, Verkaufsflächen) kann auf knapper werdende Ressourcen reagiert und Platz für Bildungsbedarfe geschaffen werden.[2] Die Mehrfachnutzung sozialer Infrastruktur führt zu einer effizienten Raumnutzung, im Bestand wie im Neubau. Bei diesen Lösungen geht es jedoch nicht nur darum, Räume zur Verfügung zu stellen, sondern auch, diese entsprechend zu konzeptionieren und zu koordinieren. Dabei gilt es, auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen (z. B. Nachhaltigkeit, BNE, Lebenslanges Lernen), programmatische Notwendigkeiten (z. B. Inklusion, Differenzierung von Lerngruppen, Ganztagsschule) sowie auf aktuelle Bildungsbedarfe zu reagieren: Auch hier braucht es neue Konzepte und Herangehensweisen, insbesondere mit Blick auf die Qualität von Bildungsorten und dem Zusammenwirken von Bildungsakteur:innen der non-formalen und formalen Bildung an gemeinsamen Lernorten im Sinn des zukunftsorientierten Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen.

Kurz-, mittel- und langfristig neue und innovative Lösungen auf die Frage der Raumknappheit für Bildungsbedarfe zu finden und zu implementieren, stellt kommunale Akteur:innen somit vor verschiedene Herausforderungen. Zumal auf Bedarfe reagiert werden muss, die schon da sind beziehungsweise zeitnah auftauchen, die Lösungen häufig aber erst mit zeitlichem Abstand realisiert werden können und zugleich so ausgelegt sein sollten, dass sie bei Realisierung nicht gleich veraltet sind. In der Planung und (Neu-)Entwicklung von Neubauten und bestehenden Bildungseinrichtungen ist ein Zusammenwirken unterschiedlicher (kommunaler) Ressorts sowie die Beteiligung externer Akteur:innen gefragt. Interne wie externe Prozesse – unter Einbezug aller beteiligten Bereiche und bisherigen Erfahrungen – müssen zunächst entwickelt, erprobt und (neu) definiert werden, um unterschiedlichste Aushandlungen zu ermöglichen. Unbestritten ist: Langfristig bieten diese intensiven Entwicklungen enormes Potenzial. Denn die räumliche (und funktionale) Zusammenführung von unterschiedlichen Bildungseinrichtungen und -bedarfen kann einerseits genutzt werden, um auf die knappen Flächen in Großstädten zu reagieren und andererseits die Möglichkeit bieten, integrierte Lernorte zu schaffen, an denen neue, alternative Bildungskonzepte ausprobiert und weiterentwickelt werden können.

Der Handlungsdruck auf Kommunen wächst, den sich verändernden Rahmenbedingungen und Herausforderungen gerecht zu werden. Bildung und Stadtentwicklung müssen gemeinsam neue Herangehensweisen erproben. Als Transferagentur für Großstädte (TAG) setzen wir uns seit Beginn unserer Arbeiten mit der Verzahnung der kommunalen Handlungsfelder Bildung und Stadtentwicklung auseinander. Gemeinsam mit unserem Netzwerk aus Wissenschaft, kommunaler Praxis und Zivilgesellschaft haben wir uns in verschiedenen Formaten, wie dem Großstadtnetzwerk „Stadträume für Bildung gestalten"[3] und den Themendossiers „Kein Raum für Qualität. Neue Lernorte als Gestaltungsauf-



gabe für das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement“[4] und „Stadt(t)räume gestalten: partizipative und kooperative Stadtentwicklung“[5] mit inhaltlich-konzeptionellen Fragen sowie Fragen der strategischen Steuerung, Kooperation und Koordination auf operativer Ebene bei der Planung von Quartieren und Bildungslandschaften sowie beteiligungsorientierter Entwicklung von Bildungsorten gewidmet.

Dieses Themendossier reagiert nun auf die Rolle der Kommune im Umgang mit Raumnot. Es liefert konzeptionelle Handlungsempfehlungen, wie Verwaltung bei Vorhaben zur kreativen Raumnutzung kurz- oder mittelfristig vorgehen kann. Exemplarisch wird dabei auf Mehrfachnutzung eingegangen – wobei sich die Hinweise, Erkenntnisse und Vorgehensweisen auch auf die anderen Nutzungsarten wie Um-, Zwischen- oder Multinutzung übertragen lassen. Mit Zooms in die Kommunen zeigen wir wie die Umsetzung solcher Vorhaben in der Praxis konkret aussehen kann. Außerdem bietet wir Ihnen mit einer Zusammenstellung von Argumenten gute Gründe für Mehrfachnutzung.

Immer schwebt über allem der Mut, offen und neugierig zu sein und mit neuen Wegen der Zusammenarbeit lebenswerte(re) städtische Bildungsräume entstehen zu lassen. Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre.

mehr.multi.zwischen.um – Nutzungsvarianten

Mehrfachnutzung klingt sperrig, in der Praxis kann damit aber ganz einfach das Öffnen von Schulen zum Quartier oder von Schulhöfen für die Nachbarschaft gemeint sein. Raumknappheit und neue Bedarfe im Bereich Lernen können nicht nur über Neubau und Bauen im Bestand bzw. Sanierung bestehender Gebäude gelöst werden. Mit Blick auf städtische und räumliche Ressourcen kann Mehrfachnutzung ein Instrument sein, um schnell auf die Bedarfe einzelner Zielgruppen und Akteur:innen reagieren zu können: Die räumliche (und funktionale) Zusammenführung von unterschiedlichen Bildungseinrichtungen, eine Mischung aus Funktionsflächen und dem Schaffen von Nischen sowie Freiflächen für Schüler:innen, u. a. zur eigenen Gestaltung und Ausübung eigener Aktivitäten. Die Mehrfachnutzung bringt Herausforderungen mit sich, bietet aber gleichzeitig viele Vorteile.

Keine klassische Mehrfachnutzung, aber getrieben durch den wachsenden Flächendruck, werden zunehmend – vor allem im Neubau – Hybridimmobilien mit vertikaler statt horizontaler Mischnutzung geplant. Hier befinden sich im Erdgeschoss zum Beispiel Schulen oder Räume zur nachbarschaftlichen Nutzung und in den weiteren Geschossen Wohnungen.[6]

	monofunktional	**multifunktional**
gleichzeitig	gemeinsame Nutzung (z. B. Co-Working-Space)	parallele Nutzung (z. B. Spielplatz)
abwechselnd	geteilte Nutzung (z. B. Turnhallen)	Wechselnutzung (z. B. Mehrzweckräume)

Eigene Darstellung nach Achim Schröer 2019.[7]

Multicodierung meint die multiple Funktionszuschreibung für einem Raum, meist Freiraum oder Grünfläche. So kann eine eindimensional geplante Grünanlage durch Multicodierung zu einer biodiversen Erholungsfläche zum Spazieren und Verweilen werden, zur Sportanlage mit Platz für Kurse im Freien, mit Trimm-Dich-Pfaden oder Outdoor-Fitnessgeräten, Skate- oder Bikeparks und durch das Versickern von Regenwasser zur städtischen Klimaanlage: Alles in einem und alles gleichzeitig. Aber auch die grauen Infrastrukturflächen wie Dächer von Schulen und Sporthallen, können durch entsprechende Umbauten und Ergänzungen, etwa durch Begrünung oder Solaranlagen, mehrere Zwecke gleichzeitig erfüllen. Die Planung, Verwaltung und Pflege sowie Wartung entsprechender Flächen ist aufwendiger und bedarf einer soliden und vor allem regelhaften Finanzierung. Doch gerade jetzt, wo sich Stadtraum immer stärker verdichtet, kann mit Multicodierung auf gesellschaftliche, klimatische und soziale Herausforderungen umfassend geantwortet werden.[8]

Temporäre **Zwischennutzung** oder dauerhafte **Umnutzung** von Leerstand, beispielsweise kleine Einzelhandelsgeschäfte und große Kaufhäuser, kann einzelne Stadtteile und Quartiere aufwerten und wiederbeleben. Meistens entsteht Zwischennutzung durch bottom-up Prozesse: Nutzer:innen artikulieren Bedarfe, für die dann Raum ermöglicht wird. Da immer mehr Flächen und Gebäude für kommunale Nutzungen benötigt werden, initiieren Stadtverwaltungen auch selbst solche Lösungen. Durch Zwischennutzung wird aber nicht nur Raum gewonnen. Durch Zwischennutzung wird aber nicht nur Raum gewonnen. Sie bietet einen Mehrwert für alle Seiten: Die Gebäude werden weitergenutzt bis die finale Lösung feststeht, die Umgebung wird aufgewertet bzw. bleibt stabil und Nutzer:innen können sich mit ihren Ideen erproben und ausprobieren.

KAPITEL

02

Neue Möglichkeitsräume – Konzeptionelle Handlungsempfehlungen für (mehr) kooperative Stadtentwicklung im Bildungsbereich

Meist liefern Handlungsempfehlungen wichtige Impulse, um ins Tun zu kommen. Angelehnt an die Matrix für datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement (DKBM)[10] können vier Handlungsfelder einen Überblick für Kommunalverwaltungen geben, die Raumlösungen für den Bildungsbereich schaffen und etablieren wollen. Die Handlungsfelder erheben dabei nicht den Anspruch der Vollständigkeit. Vielmehr sollen sie Orientierung für das kommunale Bildungsmanagement bieten und dazu anregen, bei konkreten Vorhaben eigene Abläufe und Vorgehensweisen zu entwickeln und dabei auf Praxiserfahrung zurückgreifen zu können.

Strategische Zielsetzung

Planung und Umsetzung von (Bildungs-)Bauten – vor allem dem Neubau – sind zumeist langwierige und langjährige Prozesse, in denen auf kurz- und mittelfristige Herausforderungen, wie die aktuellen bildungsprogrammatischen, gesellschaftlichen und (geo)politischen, wenig bis gar nicht reagiert werden kann. Gleichzeitig sind Ziele oder Ziellogiken einzelner Ämter oder Fachbereiche durch die Versäulung von Verwaltung kaum miteinander abgestimmt. Das muss sich ändern: Langfristige Ziele müssen ressortübergreifend formuliert und von kurzfristigeren Maßnahmen flankiert werden, z. B. durch Mehrfach- und Umnutzung. Die Kommune hat die Aufgabe, diese Prozesse zu initiieren und zu koordinieren.

Ziele definieren:

→ Um kurz- und mittelfristig für bestehende (Bildungs-)Bauten oder langfristig für Neubauvorhaben mehr als eine Nutzungsmöglichkeit zu entwickeln, benötigen die beteiligten Akteur:innen ein gemeinsames Verständnis über die Ziele zur konzeptionellen Entwicklung des Vorhabens sowie über deren Umsetzung und den Betrieb.

→ In langfristigen Strategien sollten temporäre Lösungen von vornherein mitgedacht werden. Diese Zwischenschritte, in denen der Bestand neu gedacht oder bauliche Zwischenlösungen gefunden werden, sind auch eine praktikable Option, um akut auf Bedarfe zu reagieren.

Zusammenarbeit planen:

→ Die Kommune ist dafür verantwortlich, zu klären, welche Akteur:innen müssen (Verwaltungs-Regelstruktur) und sollten (Zielgruppen-Beteiligung) beteiligt werden und unter welchen Rahmenbedingungen (Ressourcen, Zeit, baulich-rechtliche Fragen, Finanzierung, Abstimmungsverfahren etc.) können die Aushandlungsprozesse vorgenommen werden. Ressortübergreifende Verfahren einzuführen, nimmt zunächst mehr Zeit in Anspruch, kann aber langfristig Abläufe beschleunigen. Als Schnittstellenstruktur kann das Bildungsmanagement hier eine koordinierende Funktion übernehmen.

Kommunale Gesamtstrategie mitdenken:

→ Idealerweise sind langfristig angelegte kommunale Gesamtstrategien bereits vorhanden. Aus den Erfahrungen einzelner Vorhaben lassen sich perspektivisch standardisierte Verfahren und kommunale Handlungsempfehlungen ableiten. Diese fließen entweder in die Gesamtstrategien ein oder unterstützen bei ihrer Entwicklung, sodass ein sicherer Rahmen für weitere Projekte entstehen kann.

Erhebung von Daten und Zugang zu Wissen

Eine systematische und kontinuierliche Erfassung der Ausgangs- (Ist-Zustand) und der Bedarfslage bietet eine wichtige Basis. Um für kurz- und mittelfristige Vorhaben eine Bestandsaufnahme und Bedarfserhebung durchzuführen, gibt es qualitative und quantitative Herangehensweisen.[11]

Qualitative Erhebung:

→ Um eine effiziente und bedarfsorientierte Nutzung zu gewährleisten, braucht es einen umfassenden Überblick über Raumpotentiale. Sozial- und kleinräumig differenzierte Betrachtungen unterstützen die Kommune dabei, unterschiedliche Bedarfe in den Blick zu nehmen und verschiedene Lösungsoptionen zu entwickeln. Einige Kommunen arbeiten hier bereits mit Befragungen spezifischer Zielgruppen.

Quantitative Erhebung:

→ Anknüpfend an ein Bildungsmonitoring können weitere Daten Hinweise auf freie Räumlichkeiten und Flächen mit den Zahlen zu Nutzer:innen und Schüler:innen und weiteren Bevölkerungsdaten bzw. Schulplatz- und Raumbedarfen erhoben und abgeglichen werden. Um Raum und Nutzer:innen zusammenzubringen, muss die Kommune wissen, wer gerade was benötigt. Hierfür brauchen Verwaltung, Akteur:innen im Sozialraum und Multiplikator:innen vor Ort einen aktuellen Überblick und müssen regelmäßig Entwicklungsstände erheben. Dafür gilt es Gesprächsanlässe und Befragungen zu etablieren und nachzuhalten.

Kooperation und Koordination

Für die Entwicklung integrierter, ganzheitlich geplanter und genutzter Bildungsbauten wird eine Vielzahl an Akteur:innen benötigt. Kooperation bedarf immer auch Koordination mit klaren Verantwortlichkeiten. Somit braucht es eine zentrale, hauptamtliche Ansprechperson, die den Überblick über Projekt und Akteur:innen behält.

Akteur:innenanalyse:

→ Die Kommune muss zunächst feststellen: Welche internen wie externen Akteur:innen gibt es und welche Interessen haben sie? An welcher Stelle und in welcher Form müssen und sollen diese einbezogen werden? Da die Akteur:innen i. d. R. aus unterschiedlichen Bereichen und Professionen mit unterschiedlichen Arbeitskulturen, Kommunikationsstrukturen und Ansprüchen sowie unterschiedlichen (formalen) Zuständigkeiten kommen, sollten Erwartungen und Rollen frühzeitig geklärt werden. Mit Blick auf verwaltungsinterne Schnittstellen gilt es zu klären, wie diese bespielt und bearbeitet werden sollen.

Externe Beteiligung:

→ Die Beteiligung relevanter externer Akteur:innen und künftiger Nutzer:innen in die Entwicklung des Vorhabens ist zunächst ressourcenintensiv, langfristig gesehen erhöht es aber die Akzeptanz für das Projekt und auch die Identifikation. Auf diese Weise kann möglichen Konflikten vorgebeugt werden. Zudem kann so frühzeitig wertvolles Wissen der unterschiedlichen Personengruppen in das Vorhaben einfließen. Die Erfahrungen aus diesen gemeinsamen Entwicklungsprozessen können Chancen, aber auch Grenzen und mögliche Interessenkonflikte sichtbar und somit bearbeitbar machen.

Zentral koordinieren:

→ Eine zentrale Koordinierung hilft dabei, den „roten Faden“ im Blick zu behalten sowie das Thema voranzutreiben. Sie behält den Überblick, kennt und koordiniert die verschiedenen Interessen und Bedarfe der externen Akteur:innen und (potentieller) Nutzer:innen, ist ansprechbar und unterstützt bei Aushandlungsprozessen oder in Konfliktsituationen.

→ Ggf. müssen (neue) Kommunikations- und Kooperationsstrukturen (weiter-)entwickelt werden. Perspektivisch gesehen können Verfahren durch die Etablierung ressortübergreifender Zusammenarbeit leichter und schneller abgewickelt werden.

Kommunikation und Commitment

Bei der Umsetzung baulicher Vorhaben oder Veränderungen an Bestandsbauten können sich unterschiedliche Interessen und politische Ziele widersprechen und so in die Quere kommen (z. B. Flächenversiegelung durch (Schul-)Neubau vs. Grünflächenerhalt und Versiegelungsstopp als Klimaschutzmaßnahme).

Transparenz schaffen:

→ Die Kommune ist dafür verantwortlich, Vorhaben und Notwendigkeiten transparent zu machen und ihre Relevanz zu klären. Auf dieser Grundlage kann sie dann in konstruktive Aushandlungsprozesse mit den beteiligten Parteien gehen.

Akzeptanz aufbauen:

→ Auch das Akzeptanzmanagement liegt mit in der Verantwortung der Kommune: Durch transparente Kommunikation können Konflikte bearbeitet und Lösungen gefunden werden, die alle relevanten Akteur:innen mittragen oder einen gesellschaftlichen Interessensausgleich gewährleisten.

Durchsetzungskraft durch Commitment:

→ Ein hohes Commitment der politischen Ebene stärkt das Zusammenwirken verschiedener Ämter und Abteilungen. Die Schnittstelle „Stadtentwicklung und Bildung“ erhält so entsprechende Durchsetzungskraft. Zudem sichern politische Beschlüsse und ein sicherer juristischer Rahmen Kontinuität und Planungssicherheit bei der Umsetzung.

→ Bei kreativen Nutzungsvarianten wie Zwischen- oder Umnutzungen muss der juristische Rahmen, etwa durch Kooperationsvereinbarungen und Sondernutzungssatzungen, neugestaltet werden.

KAPITEL

03 Zoom in die Praxis

Die nachfolgenden Einblicke in die kommunale Praxis von Großstädten, die sich auf den Weg zu neuen Raumlösungen gemacht haben, zeigen, wie einzelne der vorangegangenen Handlungsempfehlungen aufgegriffen und umgesetzt werden können.

Wien

Dank neuer Denkmuster und Herangehensweisen in der Verwaltung hat sich in Wien in den letzten 20 Jahren eine Praxis der Mehrfachnutzung von Gebäuden, Räumen und Flächen etabliert.[12] So ergänzen **Strategien** wie Smart City Wien[13] oder der Stadtentwicklungsplan die vorausschauende Planung und Vorsorge der Stadt für Freiräume.[14]

„Mehrfachnutzung ist ein wichtiger Beitrag für die Smart City Wien und unterstützt speziell die Zielbereiche Ressourcenschonung, Gesundheit und Umwelt. […] Mehrfachnutzung reduziert Flächenverbrauch und maximiert die Nutzungsdauer. Zusätzlich wird der Gemeinschaftssinn gesteigert und die physische und psychische Gesundheit von Jugendlichen gefördert. Unabhängig von Einkommen und sozialer Herkunft können sie sich hier bewegen.“[15]

Um Mehrfachnutzung besser strategisch zu verankern, wurde in der Verwaltung der Stadt Wien eine dauerhafte Stelle geschaffen, die für **Koordination** der Mehrfachnutzung kommunaler Gebäude, Räume und Flächen sowie die Kooperation mit internen wie externen Akteur:innen zuständig ist. Neben dem Einbringen der Thematik in städtische Prozesse und Vorhaben bildet sie die Schnittstelle zwischen den Akteur:innen im Sozialraum, den Bildungseinrichtungen und der Verwaltung. Dadurch sind ihr die jeweiligen Bedarfe, Herausforderungen sowie Interessen bekannt und wichtige Ergebnisse interner Abläufe können nach außen vermittelt werden. Kommt es vor Ort zu unterschiedlichen Interessen oder Konflikten, agiert sie als Mediatorin und passt Prozesse bei Bedarf entsprechend an.

Um Wünsche und Möglichkeiten gut zusammenzubringen, haben sich gemeinsame Stadtteilspaziergänge bewährt. So können die Beteiligten vor Ort auf konkrete Bedarfe aufmerksam machen, zu denen ihnen praktische Lösungen aufgezeigt werden können. Zusätzlich können beide Seiten im Anschluss über die Umsetzung besser im Gespräch bleiben.

Aktuell führt die Stadt ein Screening durch, um mit Hilfe der **Daten** noch besser entsprechend identifizierte Räume niedrigschwellig und sozialräumlich zur Verfügung zu stellen, beispielsweise Schulflächen, die bisher nur zu bestimmten Zeiten genutzt werden. Um die Vermittlung von privatwirtschaftlichem Leerstand kümmert sich in Wien eine von der Stadt initiierte Zwischennutzungsagentur.[16]

Die Stadt Wien hat zwei Leitfäden zur Mehrfachnutzung herausgebracht, mit denen sie sich an Kommunalverwaltungen und interessierte Einrichtungen wendet:

„Mehrfach genutzt! Beispiele und Tipps zur Umsetzung“
https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008585.pdf

„einfach – mehrfach. Warum Mehrfach- und Zwischennutzung so wichtig ist und wie es geht.“
https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008530.pdf

Berlin

Auch in Berlin wird in der Smart-City-**Strategie**[17] die gemeinwohlorientierte Flächenentwicklung fokussiert:

„Ein offener, zugänglicher Stadtraum sorgt im Alltag der Berliner:innen für eine Atmosphäre der Gemeinsamkeit. Von Sportanlagen über Grünflächen bis hin zu Spielplätzen werden konkrete Angebote mit Begegnungsorten ergänzt, die engagierten Berliner:innen bewusst Freiräume zur eigenen Gestaltung bieten.“[18]

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen hat eine Broschüre für die Verwaltung zur Mehrfachnutzung sozialer Infrastrukturen zusammengestellt, die mit Handlungsempfehlungen, Tipps von der Planung bis zur Umsetzung sowie Beispielen aus der Praxis Orientierung bietet.[19] Darüber hinaus stellt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen städtischen Mitarbeitenden auf ihrer Intranetseite Arbeitshilfen zur Verfügung, die bei der Planung und Umsetzung von Mehrfachnutzung unterstützen können.

Die Geschäftsstelle Mehrfachnutzung bei der STATTBAU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH unterstützt die Senatsverwaltung bei der Umsetzung von Mehrfachnutzung sozialer Infrastruktur. Seit 2022 begleitet sie Modellprojekte in den Berliner Bezirken, um daraus weitere Erkenntnisse über Herausforderungen und Lösungsansätze zu gewinnen. So soll ein Wissenspool entstehen, Handlungsempfehlungen gesammelt und Vernetzungsmöglichkeiten geschaffen werden, auf deren Basis auch weitere Projekte beraten werden können.

Auch die Sozialen Infrastukturkonzepte (SIKo), in Verantwortung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, setzen in der Fortschreibung von 2020 bis 2022 einen thematischen Schwerpunkt auf Mehrfachnutzung. Im Austausch zwischen Bezirken und fachlich zuständigen Senatsverwaltungen prüfen sie regelmäßig Flächen, um Kapazitäten für eine Mehrfachnutzung zu ermitteln. Dabei werden auch inhaltliche Synergieeffekte für die Nutzung von Flächen und Räumen berücksichtigt. Darüber hinaus wird ein „Soziales Infrastruktur-Flächeninformationssystem (SoFIS)“ aufgebaut, um ein Instrument für das **Daten- und Flächenmanagement** bereitzustellen.[20]

Erste Projekte zeigen, dass sich die kommunale Koordination eines mehrfach genutzten Gebäudes bewährt. So ist das Jugendamt Hausträger eines solchen, in dem sich u. a. freie Träger der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie das Bürgeramt eingemietet haben und Angebote für unterschiedliche Zielgruppen umsetzen.[21] In der Kostenleistungsrechnung (KLR) werden langfristige kommunale Fachnutzungen über eine prozentuale Abgrenzung an den Gesamtkosten beteiligt.

„Die Kommune, also das Jugendamt, kümmert sich nicht nur um die Vermittlung der Räume und Flächen, sondern auch um die entsprechenden Vertragsabschlüsse: Bei langfristigen Nutzungen genauso wie bei einmalige Mietungen von extern oder privat. Das ist ein großer Vorteil. Denn auch für die Verträge von Mehrfachnutzungen müssen neue Wege und Lösungen gefunden werden, damit rechtlich alles in Ordnung ist.“ (Ina Zabel, Mitarbeiterin des Jugendamtes Pankow)

Zum Auftakt des Projektes übernahm das Jugendamt im Rahmen seiner hauptamtlichen Koordination das Verknüpfen der Nutzer:innen des Gebäudes. Erste Nutzer:innentreffen fanden zum Kennenlernen statt, inzwischen werden diese Treffen in Eigenverantwortung der Hausgemeinschaft durchgeführt.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen gibt in einer Broschüre Handlungsempfehlungen für Bezirksverwaltungen: **„Mehrfachnutzung sozialer Infrastrukturen. Eine Perspektive für das wachsende Berlin“**
https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/siko/download/Mehrfachnutzu ng_SozInfr_SenSW_bf.pdf

Leipzig

Im Auftrag der Stadt Leipzig wurde eine Studie[23] zu vertikalen Nutzungsmischungen in verschiedenen europäischen Städten durchgeführt. Dabei zeigte sich die Verankerung in **strategischen Papieren** als ein wichtiger Schritt:

„Öffentlich initiierte, mischgenutzte Immobilienprojekte werden auf der Basis von gesamtstädtischen Strategien und z. B. mit Hilfe von Konzeptvergaben und Wettbewerben umgesetzt. Dabei werden die Bedarfe und Anforderungen an mischgenutzte Immobilien in der Regel aus integrierten Handlungskonzepten, Abstimmungen in (verwaltungsinternen) Arbeitsgruppen oder politischen Gremien ermittelt."[24]

Auf Grundlage der Studie erarbeitet nun auch Leipzig selbst im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzepts eine Strategie zur Förderung von gestapelten Nutzungen und der zeitlich versetzten Mehrfachnutzung. Sie reagiert somit auf Flächendruck und Ideen des flächensparenden Bauens, die Notwendigkeit ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit sowie der sozialverträglichen Nutzung von Flächen und Räumen.

„Eine stärkere Mischung, eine höhere Dichte und Stapelung von Nutzungen bei der Weiterentwicklung der Stadt können helfen, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Mit dem „Stapeln" ist die Kombination verschiedener Nutzungen in einem Objekt gemeint, beispielsweise von Wohnraum über Supermärkte, Kitas und Sporthallen oder die Kombinationen verschiedener sozialer Nutzungen bis hin zur Überbauung von Parkplätzen gemeint."[25]

Neben der strategischen Verankerung im Stadtentwicklungskonzept wird das Umdenken der Raumnutzung durch ein **Commitment** der politischen Ebene bestärkt.

Auf Initiative eines Stadtratsbeschlusses kam eine Expert:innenrunde mit unterschiedlichen externen Akteur:innen zusammen. Sie beschlossen, eine gemeinsame „Vorstellung von Stapel-Möglichkeiten aus funktionaler, ökonomischer, gestalterischer, städtebaulicher und rechtlicher Sicht zu bekommen und daraus eine gemeinsame Haltung für das konkrete Agieren in Leipzig"[26] zu finden. So wird dem Vorhaben Handlungssicherheit verliehen und die Akzeptanz aller Beteiligten erhöht.

Mit der Studie **„besser stapeln"** gibt Leipzig einen Einblick in Mehrfach- und Mischnutzungen in unterschiedlichen deutschen und europäischen Städten:
https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.6_Dez6_Stadtentwicklung_Bau/61_Stadtplanungsamt/Stadtentwicklung/Stadtentwicklungskonzept/Umsetzung_und_Weiterentwicklung/Organisations-und-Bewirtschaftungsmodelle-von-Mehrfachnutzungen.pdf

Mönchengladbach

Ein Erfolgsfaktor für die Umsetzung von Mehrfachnutzungsprojekten ist die transparente **Kommunikation** der Vorhaben und somit das Schaffen von Akzeptanz in der breiten Öffentlichkeit. Dafür müssen auf beiden Seiten monofunktionale Denkweisen aufgebrochen, neue Prozesse ausprobiert, sowie offene Gespräche über Bedenken geführt werden. Die Stadt Mönchengladbach hat deshalb regelmäßige Arbeitskreise für Anlieger:innen und interessierte Bürger:innen eingerichtet. Hier erläutert die Verwaltung unter anderem auch konkrete Pläne zur Mehrfachnutzung. Außerdem macht sie Abwägungsprozesse und die einzelnen Umsetzungsschritte ihrer Projekte für alle Interessierten nachvollziehbar und transparent, indem sie auch über ihre Arbeit zwischen den Beteiligungsphasen berichtet. Die Arbeitskreise haben sich in Mönchengladbach als Instrument etabliert, um Transparenz, Vertrauen und Akzeptanz bei den Akteur:innen vor Ort zu stärken.

„Ideen müssen sich in der öffentlichen Wahrnehmung so verfestigen, das bestimmte Akteur:innen nicht mehr darum herumkommen, sich zu beteiligen. Politik spielt dabei eine große Rolle. Es war nicht einfach, die entsprechenden Akteur:innen zu gewinnen, das hat immer wieder Zeit und Überzeugungsarbeit gekostet. Auch überregionale mediale und Presseöffentlichkeit ist dabei sehr hilfreich. Irgendwann ist ein Projekt so groß, dass es ein Gesichtsverlust für alle wäre, wenn es scheitert.“[27] (Frank Schulz, Stadterneuerung, MG; zuvor Stadtplaner in verschiedenen Kommunen).

Auch bei Plänen zur Mehrfachnutzung von Schulhöfen, bezieht die Stadt Mönchengladbach die Verantwortlichen möglichst frühzeitig mit ein. Gemeinsam klären sie zum Beispiel, wer für eventuelle Schäden aufkommt und wie die Öffnungszeiten der Gebäude und Areale geregelt werden können. Dabei suchen sie Lösungen, die für alle Beteiligten gut passen, und scheuen sich dabei auch nicht vor neuen Ideen. So prüft die Verwaltung derzeit beispielsweise den Einsatz von Schließdiensten, für zusätzliche Öffnungszeiten am Abend und Wochenende, um die Hausmeister:innen der Schulen zu entlasten.

Mehrfachnutzung kann also einerseits zur effizienteren Nutzung von Sportflächen, Gebäuden und Schulhöfen führen, im Betrieb entstehen aber Mehrkosten, beispielsweise für Schließdienste, das Nachrüsten von Transpondersysteme oder häufigere Mülleimerleerung, die einkalkuliert werden müssen. In Mönchengladbach können solche Ansätze über Einzelprojekte aus Förderkulissen (z.B. Städtebauförderung) ausprobiert werden. Wenn sich mehrfachgenutzte Gebäude oder Flächen dann einmal etabliert haben, ist es leichter eine Regelförderung im Haushalt zu erhalten – auch für ähnliche Folgeprojekte.

Auch in der Verwaltung können durch die Umsetzung von Projekten zur Mehrfachnutzung neue Kommunikationswege und Arten der **Zusammenarbeit** entstehen. Im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“[28] sind in Mönchengladbach neue, dauerhafte Strukturen entstanden: Auf Ebene der Fachbereichsleitungen ist eine Lenkungsgruppe eingerichtet worden. Diese trifft nun strategische Entscheidungen für die Umsetzung der Einzelprojekte, wobei auch Fragestellungen für Mehrfachnutzungen geklärt werden können (bspw. die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Schließdienst). Entscheidungen von größerer Tragweite werden aus der Runde an den Verwaltungsvorstand herantragen. Auf der operationalen Ebene ist die Projektgruppe Bildung, Soziales und Kultur entstanden. Hier arbeiten die Fachbereiche Kulturbüro, Schule, Jugend, Kinder und die Stabstellen Sozialplanung und Stadtentwicklung gemeinsam an konkreten sozialen Maßnahmen, da diese in der Regel nicht über die Städtebauförderung finanziert werden. Das IHEK (Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept) - ein Planungsinstrument, das für größere zusammenhängende städtebauliche Strukturen nach einer detaillierten Analyse Handlungsbedarfe aufzeigt, Zielvorstellungen herausarbeitet und Maßnahmen entwickelt – dient dabei als Grundlage für weitere Förderprogramme und politische Beschlüsse.

„Besonders wichtig ist die Wertschätzung der Arbeit der anderen. Dazu gehört auch, dass wir als Stadtplanung regelmäßig in den jeweiligen Gremien gemeinsam mit den Kolleg:innen berichten, zum Beispiel im Kultur- oder Jugendhilfeausschuss.“ (Frank Schulz, Stadterneuerung, MG; zuvor Stadtplaner in verschiedenen Kommunen)

Frankfurt am Main

Auf Grund steigender Schüler:innenzahlen, den gestiegenen Anforderungen durch Ganztag sowie der inklusiven Beschulung steht Frankfurt am Main – wie die meisten deutschen Großstädte – vor der Herausforderung, ausreichend Schulraum zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich sollen unversiegelte Flächen aus ökologischen Gründen nicht mehr bebaut werden.[29] So hat die Stadt bereits im Jahr 2017 ein ehemaliges Bürogebäude angemietet, um dort neue Klassen- und Fachräume für die gymnasiale Oberstufe einer städtischen Schule zu schaffen.

„Wenn die Gymnasiale Oberstufe vom Riedberg nach Bockenheim umgezogen ist, können wir dort die Container abbauen und mit dem Neubau für die IGS Riedberg beginnen. Die Container werden wiederum im Rebstock neu aufgebaut, so dass dort im Sommer ein weiteres Gymnasium starten kann.“[30]

Im integrierten Stadtentwicklungskonzept Frankfurt 2030+[31] ist **strategisch** eine vorausschauende Sicherung von erforderlichen Flächen durch die Stadt vorgesehen: Sollten bestehende Gemeinbedarfsnutzungen von den jeweiligen Trägern der Einrichtung aufgegeben werden (z. B. von Kirchen, Krankenhäusern, Hochschulen, Polizei, Feuerwehr, kommunalen Verkehrsbetrieben o. ä.), wird bei gegebener Eignung vorrangig eine kommunale Nachnutzung durch Schulen oder andere soziale Infrastruktur angestrebt.[32] Auch Nutzungskonzepte der sozialen Infrastruktur und Leitlinien für den Schulbau werden dahingehend angepasst, Gebäude kompakt zu gestalten und für eine Mehrfachnutzung zu öffnen.[33]

Aus der Not eine Tugend machen –
Wien und die Mehrfachnutzung als strategisches Vorhaben der Stadtentwicklung

In der Stadt Wien gibt es seit 1998 ein Programm für Mehrfachnutzung, bei dem die Koordination ebendieser und die Nutzung von Freiflächen in städtischer Hand liegen. Im Oktober 2021 hatten wir einen inspirierenden Austausch mit Lena Rücker (Stadt Wien, Referat „Transdisziplinäre urbane Themen"), in dessen Nachgang dieser Artikel entstand. Sie bot uns Einblicke in das Programm, das Stadt und städtischen Raum als Lernwelt für Kinder und Jugendliche begreift.

Entstanden ist das städtische Mehrfachnutzungsprogramm als Reaktion auf zahlreiche Nutzer:innenkonflikte auf wenigen bestehenden Flächen: In den 90er-Jahren gab es viele Brachflächen, aber kaum Gestaltung(smöglichkeiten), und zu wenig Angebote für Kinder und Jugendliche. Insbesondere das Spannungsfeld zwischen fehlenden Angeboten und (pädagogisch unbetreuten) Aufenthaltsorten für Kinder und Jugendliche sowie Lärm und Ruhestörung in Innenhöfen von Gemeindebauten erhöhten den Handlungsdruck auf die Stadt. So standen zunächst Bereitstellung und die gestalterische Qualifizierung von Freiflächen im Vordergrund, Haftungs- und Versicherungsfragen sind erst mit der Zeit in den Fokus gerückt. Mit der Einführung von Mehrfachnutzung als strategischer Teil der Stadtentwicklung konnte vieles bewegt werden. Konflikte wie in der Anfangszeit brauche es heute keine mehr, nur noch Bedarfe, die aktiv an die Stadt herangetragen werden, resümiert Lena Rücker.

Ohne Haltung und unbedingten Willen geht es nicht!

Mehrfachnutzung wird dabei als strategisches Instrument gesehen, das mit einfachen Mitteln auf Bedarfe der Zielgruppen reagieren kann. Dafür gibt es in der Stadt Wien extra eine Koordinationsstelle. Mit der Verortung im Referat „Transdisziplinäre urbane Themen" in der Magistratsabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18) erfährt das Thema hohen Stellenwert. Auch gesamtstrategisch ist es fest verankert: So gehört Mehrfachnutzung untrennbar zur Smart City Wien Rahmenstrategie[34], mit der Wien eine ganzheitliche, nachhaltige Entwicklung der Stadt verfolgt.

Inzwischen hat Mehrfachnutzung in Wien eine lange Tradition und ihre Möglichkeiten sind gut dokumentiert und zusammengeführt, z. B. im Leitfaden für Bezirke „Mehrfach genutzt! Beispiele und Tipps zur Umsetzung"[35]. Dennoch gibt es noch viele Einzellösungen und den daraus resultierenden Wunsch nach mehr systemischer Verankerung. Erste Schritte zur Systematisierung werden gegangen: Zum einen wird aktuell ein Screening durchgeführt, welches Schulfreiflächen erfassen soll, die noch nicht mehrfach genutzt werden. Zum anderen werden neue strategische Grundlagen für Mehrfachnutzung geschaffen. Bei der neuen Form der Wiener „Campus-plus"[36]-Bildungsbauten, die eine vernetzende Schnittstellenfunktion im Stadtteil einnehmen sollen, wird bei der Planung und Gestaltung von neuen Bildungscampus-Standorten Mehrfachnutzung bereits von Anfang an mitgedacht – wie auch in der Wiener Schulbaurichtlinie empfohlen. Dabei hat die Mehrfachnutzung die grundsätzliche Planung nicht ersetzt, sondern lediglich ergänzt als ein Mittel zur Befriedung der artikulierten Bedarfe. Als Vorbild für das Schaffen einer strategischen Grundlage speziell für Schulfreiflächen oder städtische Brachen gilt der neue Wiener Sportstätten-Entwicklungsplan „Sport.Wien.2030", denn er sieht den strategischen Ausbau und das Tätigen von gezielten Investitionen in Mehrfachnutzungen von Out- und Indoor-Sportflächen vor.

Ausgangslage des unbedingten Willens zur Umsetzung ist die veränderte Haltung. So brachte es die ehemalige Koordinatorin der Mehrfachnutzung der Stadt Wien (1998 bis 2018) und Wiener Pionierin dieses Themas, Jutta Kleedorfer, einst auf den Punkt: „Eingefahrene Denkmuster vergessen und umdenken!"[37] Was das im Alltag konkret bedeutet, erklärt Lena Rücker: „Die grundverwaltenden Dienststellen und Bezirke müssen hinter der Sache stehen. Wir als strategisch Zuständige für den Bereich Mehrfachnutzung können nur Vorschläge machen, Empfehlungen geben und Überzeugungsarbeit leisten. Das machen wir unter anderem mit Stadtteilspaziergängen, die Aufmerksamkeit für das Thema genieren. Wir versuchen zum einen, den Mehrwert zu verdeutlichen und aber auch möglichst klar über den tatsächlichen Aufwand, die anfallenden Kosten sowie dahingehend effiziente Organisations- und Finanzierungsmodelle zu informieren."

Um diese Überzeugungsarbeit vor Ort und in der Verwaltung leisten zu können, braucht es eine klar verankerte Zuständigkeit: „Es braucht eine Person, die für das Thema brennt und dafür auch Kapazitäten hat, sonst wird es nur zum Nebenschauplatz. Wir sehen uns als Mediator:innen, denn wir informieren, vermitteln und kommunizieren mit den Nutzer:innengruppen und Zuständigen in der Verwaltung und wir zeigen anhand von Erfahrungen konkrete Lösungen auf", erklärt sie weiter.

Der positive Effekt der Arbeit ist sichtbar: Zum Beispiel ist die Bezirksvertretungen des Stadtteils Grätzl früher an die Koordination für Mehrfachnutzung herangetreten, weil sie mit der Bereitstellung von Flächen für Kinder und Jugendliche auf Konflikte reagieren mussten. Heute erfolgt die Bedarfsermittlung über Akteur:innen des Stadtteils und den Einrichtungen im Sozialraum, noch bevor es zu Konflikten kommt. Ein nächster Schritt ist nun das proaktive Anbieten von Flächen, um Niedrigschwelligkeit zu gewährleisten.

Verbindlichkeit schaffen, Lösungen finden

In der Regel kann auf die Bedarfe der Zielgruppe mit wenig Mitteln und kostengünstig reagiert werden, wenn bestehende Synergien genutzt und zwischen den Akteur:innen im Sozialraum bzw. Stadtteil regelmäßig und offen kommuniziert wird, bspw. im Rahmen runder Tische. Lena Rücker hat auch hierfür ein Beispiel aus der Praxis: Bei der Frage wie das Abschließen eines Schulgebäude nach der Nutzung durch außerschulische Akteur:innen sichergestellt werden könne, stellte sich heraus, dass ein Schließdienst, der ohnehin im Stadtteil

unterwegs sei, auch das Zuschließen an einem weiteren Ort übernehmen könne. In der konkreten Umsetzung konnten Haftungsfragen über Versicherungen der Bezirke geklärt werden. Kosten für bauliche Veränderungen an Schulen für Mehrfachnutzung konnten teils aus Förderinstrumenten der Stadt, aber vor allem aus den bezirklichen Haushalten finanziert werden. Um an diesen Punkt zu kommen, brauchte es einen längeren Prozess, der oft zäh und nicht ganz einfach gewesen sei, erinnert sich Lena Rücker, in jedem Falle aber lohnend, denn in der Regel könne immer eine Finanzierung realisiert werden: „Die Mehrwerte, die durch Mehrfachnutzung entstehen, sind unmittelbar wahrzunehmen und auch politisch gut kommunizierbar."

Mehrfachnutzung ist somit stark von der Haltung der grundverwaltenden Dienststellen und jeweiligen Bezirksstadträt:innen abhängig, derzeit auch (noch) eine freiwillige Leistung. Um auch bei politischen Veränderungen arbeitsfähig zu bleiben, hat es sich bewährt, Verträge zu einzelnen Projekten abzuschließen. So werden Verbindlichkeit und klare Zuständigkeit sichergestellt.

Mehr Raum heißt mehr Demokratie

Letztlich habe Mehrfachnutzung nicht nur positive Effekte auf die Ressourcennutzung und die Befriedung von Bedarfen verschiedener Zielgruppen, sondern auch auf individuelle Erfahrungen und den Kompetenzerwerb für die Einwohner:innen, resümiert Lena Rücker. Wenn Bürger:innen Unterstützung erhielten und für ihre Anliegen Lösungen gefunden würden, würden sie die Erfahrung machen, dass das Äußern von Bedarfen oftmals positive Veränderungen nach sich ziehe: „Es hat eine Bewusstseinsänderung in der Stadtbevölkerung gegeben: Kinder und Jugendliche etwa haben gelernt, dass sie sich einbringen können." So hat das klare Bekenntnis der Stadt Wien, den Bedürfnissen und Wünschen der Bürger:innen konstruktiv und kreativ zu begegnen, letztlich auch das Demokratieverständnis verbessert.

Viel ist also schon erreicht, doch es bleiben weitere Herausforderungen auf der Agenda. So sollen die „leisen Zielgruppen" wie bspw. Mädchen verstärkt angesprochen werden und Flächen zeitweise exklusiv nutzen können. Auch mehr Angebote in geschlossenen Räumen werden angestrebt, insbesondere durch Zwischennutzung. Aber auch der Wunsch nach Freiraum und weniger betreuten Angeboten soll realisiert werden. Darüber hinaus strebt die Stadt Wien eine intensivere Vernetzung von Akteur:innen an, um ihnen mehr Gestaltungsspielraum zu ermöglichen, auf Bedarfe einzugehen. In jedem Falle hat es die Stadt Wien in den letzten Jahrzehnten geschafft, aus der Not eine Tugend zu machen und mit kreativen Mitteln mehr Raum für Kinder und Jugendliche geschaffen.

Weiterführende Informationen

Stadt Wien – Stadtentwicklung und Stadtplanung: Mehrfach genutzt! Beispiele und Tipps zur Umsetzung. https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008585.pdf

Wiener Sportstättenschutzgesetz. https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrW&Gesetzesnummer=20000194

Magistrat der Stadt Wien: Smart City Wien Rahmenstrategie 2019–2050 Die Wiener Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Oktober 2019. https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008551.pdf

Stadt Wien: (Aussen-)Flächen gemeinschaftlich nutzen: https://smartcity.wien.gv.at/mehrfachnutzung/

Jugend- und Freizeithäuser als Impulsgeber

Ein Beitrag von **Joelle Zimmerli,** Sozialwissenschaftlerin mit Lehrauftrag an der TU Berlin und Geschäftsführerin der zimraum GmbH, sozialwissenschaftliches Planungs- und Entwicklungsbüro in Zürich.

Mehr Freiheitsgrade durch betriebliche Öffnung

Jugendhäuser sind seit Jahrzehnten Treffpunkte und Integrationsorte für Kinder und Jugendliche. Weil solche Nutzungen nicht selbsttragend sind, werden sie in der Regel von der öffentlichen Hand und/oder gemeinnützigen Organisationen finanziert und betrieben. Die bereitgestellten Ressourcen lassen es allerdings häufig nicht zu, die Häuser rund um die Uhr zu öffnen, weshalb infrastrukturell gut ausgestattete Flächen ungenutzt bleiben. Verschiedene Betreiber von Jugendhäusern in der Schweiz haben deshalb Konzepte entwickelt, mit denen sie Jugendhäuser für weitere Zielgruppen und Nutzungsformen öffneten. Sie machten damit nicht nur wertvolle Flächen zugänglich, sondern generierten auch zusätzliche Erträge, mit denen sie die Eigenfinanzierung der Betriebe verbessern und sich Freiheitsgrade für die Weiterentwicklung der Freizeithäuser sichern konnten. Der höhere Eigenfinanzierungsgrad hilft ihnen auch für die politische Legitimation der Jugendhäuser, deren Finanzierung durch die öffentliche Hand periodisch neu verhandelt werden muss: Je nach politischer Großwetterlage hilft es, wenn Jugendhäuser nicht nur Geld kosten, sondern auch Erträge erwirtschaften. Die Öffnung von Jugendhäusern für weitere Zielgruppen ist allerdings nicht trivial.

Wie unterschiedliche Zielgruppen sich vertragen

Jugendliche befinden sich in einer Lebenshase der Selbstfindung und Abgrenzung. Das führt dazu, dass sie Räume für sich in Beschlag nehmen wollen und wahrgenommen werden möchten. Orte, die von Erwachsenen oder Kindern geprägt werden, nehmen sie als uncool wahr. Räume in Jugendhäusern können deshalb nicht bedingungslos geöffnet und anderen Altersgruppen zugänglich gemacht werden. Spuren der Jugendlichen müssen in den Räumen sichtbar bleiben können, gewisse Bereiche müssen ihnen exklusiv zur Verfügung stehen.

Das Jugend- und Kulturhaus FABRIK in Muttenz[43] greift auf die Ungleichzeitigkeit der Nutzungen zurück: Die Betreiber vermieten den Discoraum an freien Wochenenden an Private, beispielsweise für Oldies-Disco, unter der Woche an einen Verein für einen Kinder-Mittagstisch und einmal im Jahr an eine Theatervereinigung. Für letztere Nutzung akzeptieren die Jugendlichen, dass das Haus für eine Zeit gar nicht zugänglich ist. Das Kinder-, Jugend- und Familienfreizeithaus Allschwil[44] nutzt ein Portfolio unterschiedlicher Räume und wagt auch zeitliche Überlagerungen: Es führte das Jugendhaus betrieblich mit dem Robinson-Spielplatz zusammen und realisierte zusätzlich einen Neubau. So können die Betreiberinnen räumliche Schwerpunkte für Jugendliche, Kinder und Angehörige setzen, Räume an Private vermieten und punktuell auch generationenübergreifende Spiel-, Kultur- und Kulinarik-Veranstaltungen durchführen. Das Kulturhaus Dynamo in Zürich[45] integrierte eine professionelle Gastronomie und einen Konzertraum in das Jugendhaus, in dem nicht nur Jugendbands, sondern auch etablierte Gruppen auftreten. Mit diesen Angeboten verschafft sie älteren und kaufkräftigeren Zielgruppen einen Berührungspunkt zum Jugendhaus und erhöht die gesellschaftliche Akzeptanz für die manchmal laute Nutzung durch die Jugendlichen. Mit solchen Nutzungs- und Zielgruppenkonzepten werden Jugendhäuser zu sichtbaren und integrierten Orten in den Quartieren.

Betriebswirtschaftliche Strukturen aufbauen

Die Öffnung von Jugendhäusern für unterschiedliche Nutzungen und Nutzergruppen erfordert eine unternehmerische Grundhaltung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die solche Orte betreiben: Räume müssen angeboten, potenzielle Mieterinnen und Mieter angesprochen und Leistungen abgerechnet werden. Das verändert die Anforderungen an Kompetenzen, die im Team vorhanden sein müssen.

Einer Öffnung muss eine Grundsatzdiskussion um das Wünschbare vorangehen.

Joelle Zimmerli

Die Erfahrungen aus der Schweiz zeigen, dass dies bis zur Spezialisierung auf die Verwaltung und den Betrieb gehen kann: Je mehr Vermietungen stattfinden und je weniger eigene Aktivitäten das Team anbietet, desto mehr Betreuungsaufwand kann es den Drittnutzern der Räume abgeben. Das Team kann sich auf die Verwaltung und den Betrieb, die Programmgestaltung, den Ausgleich von Bedürfnissen und das Ausmerzen von Nutzungskonflikten konzentrieren und bestmögliche Rahmenbedingungen für die Nutzung schaffen. Nicht alle Jugend- und Freizeithäuser gehen so weit. Aber auch mit einer niederschwelligen Öffnung wie in der FABRIK rechnet das Team mit einer Stunde Aufwand für eine Vermietung, inklusive Besichtigungstermin der Räumlichkeiten, Schlüsselübergabe, Abnahme des Raums und Nachreinigung. Dieser Zusatzaufwand muss neben der Sozialarbeit in das Arbeitspensum einkalkuliert werden.

Grundsatzdiskussionen führen

Die Öffnung von Jugendhäusern wird häufig bottomup von den Betreibern angestoßen: Aus dem Druck, dass die verfügbaren Ressourcen nicht für den erwünschten Betrieb ausreichen, oder aus dem Bedürfnis, mehr aus solchen Orten zu machen. Die Öffnung kann auch top-down aus der Politik oder Verwaltung initiiert werden. Einer solchen Öffnung muss allerdings eine Grundsatzdiskussion um das Wünschbare vorangehen: Sollen Jugendhäuser den Jugendlichen ein Stück weit entzogen und zu ungenutzten Zeiten geöffnet werden? Gibt es bauliche Erweiterungsmöglichkeiten rund um einen Altbau? Oder kann ein Jugend- und Freizeithaus, das grundlegend neu konzipiert und entwickelt wird, einer Quartiersentwicklung einen Impuls geben?

Damit das Wünschbare machbar wird, müssen Kommunen mit Entscheidungsträgern aus dem sozialen Bereich aushandeln, wie weit Öffnungen gehen können, wie bestehende personelle und finanzielle Ressourcen genutzt und zusätzliche Kompetenzen aufgebaut werden können. Kommunen müssen den Betreibern Spielraum lassen, einen kommerziellen Aspekt einzubringen und Angebote auszuprobieren. Die Häuser können sich besser entfalten, wenn es einen politischen Auftrag gibt und sich die Kommune für solche informellen Bildungsorte in der Quartiersentwicklung bekennt.

Zugängliche und integrierende Jugend- und Freizeithäuser erhöhen die gesellschaftliche Akzeptanz für Ausgaben für die Jugend- und Quartierarbeit und tragen dazu bei, dass Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum besser toleriert werden.

KAPITEL

04

Fazit – Gute Gründe für Mehrfachnutzung

Mehrfachnutzung ist eine gute Möglichkeit, auf kurzfristige Raumbedarfe zu reagieren und gleichzeitig Synergieeffekte auf pädagogischer und gesellschaftlicher Ebene zu schaffen. Sie lässt sich in der Regel mit vergleichsweise geringerem Aufwand umsetzen – zum Teil sogar ohne aufwendige bauliche Veränderungen oder den Ankauf ehemals anders genutzter Gebäude.

Wir wollen Sie mit diesem Themendossier ermutigen, neue Wege zu gehen. Um Berührungsängste auszuräumen, versammelt das folgende Kapitel deshalb noch einmal gute Gründe für Mehrfachnutzung, die auf praktischen Erfahrungen aus Kommunen beruhen.

Mehrfachnutzung ...

... fördert die Vernetzung im Sozialraum: Mehrfachnutzung trägt zu einer vielfältigen Akteur:innen- und Aktivitätenlandschaft einer Kommune bei. Sie fördert die Vernetzung und Verzahnung von Bildungsorten und Stadtgesellschaft. In der Gemeinschaft können sich neue Formen des Zusammenarbeitens und Zusammenwirkens entwickeln.[38] Mehrfachnutzung kann sowohl Motor als auch Ergebnis der Vernetzung sein.

... ist für Kommunen langfristig gesehen wirtschaftlicher: Schulräume, Hörsäle und Büroarbeitsplätze stehen über 90 Prozent ihres Bestehens und 65 Prozent ihrer Kern-Nutzungszeit leer[39] – das ist nicht wirtschaftlich. Eine bessere Auslastung der Gebäude kann die Haushalte der Kommunen entlasten. Zwar ist die Zusammenführung von Budgets unterschiedlicher Ämter erst einmal mit großem Aufwand verbunden, entlastet aber auf Dauer die einzelnen Haushalte. Selbst wenn bestehende Gebäude für eine gemeinsame Nutzung durch unterschiedliche Gruppen umgestaltet werden müssen, ist dies in der Regel günstiger als ein Neubau. Bei der Verdichtung durch vertikale Mehrfachnutzung können beispielsweise Grundstückserwerbskosten eingespart werden.[40]

... stärkt ressortübergreifende Zusammenarbeit: In der Verwaltung können durch die ressortübergreifende Konzeptionierung von mehrfachgenutzten Räumen und Bildungsorten Impulse und Maßstäbe für neue Kooperationsformen und Steuerungsmodelle (good governance) gesetzt werden.

... ist ökologisch nachhaltig: Wenn unterschiedliche Nutzungen oder Einrichtungen in einem Gebäude zusammengelegt werden, wird der Flächenbedarf in Kommunen reduziert. Es müssen weniger Flächen versiegelt werden, sodass im Idealfall mehr Frei- und Grünflächen bleiben. Außerdem müssen bei der Mehrfachnutzung bestehender Gebäude, bspw. für Umbauten, weniger Baumaterialien aufgewendet werden als für den Neubau.

... kann Standorte aufwerten: Durch Mehrfachnutzung kann das Image von Standorten verbessert, Quartiere attraktiver und so die Wahrnehmung für Orte erhöht werden. Physische Orte können neu definiert oder (weiter)entwickelt werden, bspw. durch die Aneignung und Gestaltung durch (neue) Nutzer:innengruppen.

... trägt zur Demokratisierung bei: Mehrfachnutzung kann sowohl vor Ort als auch in der Verwaltung einen Beitrag zum Demokratisierungsprozess leisten, da hierfür vielfältige Interessen abgewogen und auf einen Nenner gebracht werden müssen. Sowohl in der Verwaltung als auch vor Ort werden Kommunikations-, Kooperations- und Abstimmungsprozesse etabliert sowie die Diskussionskultur und Konfliktfähigkeit geschult. Diese praktischen Demokratieerfahrungen können das Kennenlernen und den fairen Umgang miteinander unterstützen.

... verbessert Teilhabe, soziale Inklusion und Zielgruppenansprache: Die kostenfreie oder günstige Zurverfügungstellung von Räumen für ökonomisch eher schwache Gruppen, kann zumindest punktuell soziale Ungleichheit ausbalancieren.[41] Zudem können an mehrfachgenutzten Orten verschiedene Zielgruppen angesprochen werden. So kann bspw. Elternarbeit auf den gleichen öffentlichen Plätzen stattfinden, an denen auch Kinder durch betreute Angebote der Jugendsozialarbeit erreicht werden.

... setzt Themen und macht möglich: Mehrfachnutzung kann Nischenthemen und weniger präsenten Aktivitäten Raum geben. Somit ermöglicht sie auch Nutzungen, die es in der Form sonst nicht geben würde.

... steigert Kompetenzerwerb und Lebenslanges Lernen: Die gemeinsame Nutzung von Flächen und Orten fördert durch informelles Lernen Zukunftskompetenzen wie Kommunikations-, Kooperation- und Kompromissfähigkeit und eröffnet unterschiedliche Partizipations-, Gestaltungs- und Lernfelder.

... fördert Gesundheit: Über die Öffnung von Schulhöfen oder Sportplätzen zum Quartier werden mehr Bewegungsräume für Kinder, Jugendliche und Nachbarschaften im Freizeitbereich geschaffen. Die Förderung dieser Räume reduziert Mangelbewegung und damit langfristig Maßnahmen und Folgekosten im Gesundheitsbereich.[42]

Weiterführende Literatur

Bundeszentrale für politische Bildung (28.8.2018): Anspruchsvoller Schulbau muss zeitgemäßen pädagogischen Kriterien folgen – Ein Interview von Simone Grellmann. (https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/274984/anspruchsvoller-schulbau-muss-zeitgemaessen-paedagogischen-kriterien-folgen/?p=all, 06.04.2022)
Landeshauptstadt München (2014): Das Münchener LERNHAUS. Chancen für alle. München. (https://www.schulentwicklung-net.de/images/stories/Anlagen/516_Lernhaus_121014.pdf, 06.04.2022)

Landeshauptstadt München (2016): Praxisbuch Münchener LERNHAUS. München. (https://schulen-planen-und-bauen.de/wp-content/uploads/2017/01/lernhaus_Broschu_re_web_ohne_Vorwort.pdf, 06.04.2022)

Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft (Hrsg.): Schulbau Open Source (https://www.schulbauopensource.de/, 06.04.2022)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Hrsg.) (2019): Standards für den Neubau von Schulen. Berliner Schulbauoffensive. Berlin. (https://www.berlin.de/schulbau/neubau/baufachliche-standards/standards_neubau_von_schulen_web.pdf, 06.04.2022)

Stadt Essen (Hrsg.) (2020): Schulbauleitlinie der Stadt Essen. Essen. (https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/40/StadtEssen-Schulbauleitlinie.pdf, 06.04.2022)

Endnoten

1 Dedy, Helmut (2022): Für lebenswerte Städte – Orte für Menschen in Polis Mobility: Moving Cities. Wie wollen wir in Zukunft leben? Über die Zukunft urbaner Mobilität. (https://polis-magazin.com/2022/01/fuer-lebenswerte-staedte-orte-fuer-menschen/, 22.03.2022)
2 vgl. Zuschlag, André (17.10.2021): Innenstadt ohne Konsum. Vom Kaufhaus zum Schulhaus. In: taz am Wochenende, (taz.de/Innenstadtbelebung-ohne-Konsum/!5805634/, 21.10.2021)
3 Die Dokumentation der vierteiligen Veranstaltung finden Sie hier: https://www.transferagentur-grossstaedte.de/veranstaltungen/stadtraeume-fuer-bildung-gestalten-teil-44
5 Das Themendossier der Transferagentur für Großstädte (Hrsg.) (2018): Kein Raum für Qualität. Neue Lernorte als Gestaltungsaufgabe für das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement. können Sie online abrufen unter: https://www.transferagentur-grossstaedte.de/publikationen/raumnot-in-bildungseinrichtungen oder als Print bei uns bestellen.
6 Das Themendossier der Transferagentur für Großstädte (Hrsg.) (2021): Stadt(t)räume gestalten: partizipative und kooperative Stadtentwicklung. können Sie online abrufen unter: https://www.transferagentur-grossstaedte.de/sites/default/files/211011_td_stadtentwicklung_web.pdf oder als Print bei uns bestellen.
7 vgl. Instone Real Estate Group AG und Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Entwicklungsgesellschaft: Hallo Schönhofschule (https://www.xn--schnhof-viertel-btb.de/hybridschule?locale=de, 16.03.2022); vgl. Wellershoff, Marianne (08.03.2019): Wohnen über der Schule. „Das ist geradezu ein Glücksfall" In: Spiegel Online (https://www.spiegel.de/stil/innovative-bauprojekte-wohnen-mit-schule-a-1256577.html, 16.03.2022)
8 Schröer, Achim (2019): Mehrfach:Nutzen – Mehrfachnutzung und Space Sharing als Strategie zur nachhaltigen Stadtenwicklung. In: Henkel, D.; Kramer, C. (Hrsg.): Zeitgerechte Stadt: Konzepte und Perspektiven für die Planungspraxis. Hannover. S.203–222.
9 Vgl. Becker, Carlo; Hübner, Sven; Krüger, Thomas, Kreitz, Stefan im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt-und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2017): Urbane Freiräume – Qualifizierung, Rückgewinnung und Sicherung urbaner Frei- und Grünräume. Endbericht. S. 160 (Microsoft Word – Endbericht_Urbane-Freiraeume_final_01-11-17_web (hcu-hamburg.de, 29.03.22); vgl. bgmr Landschaftsarchitekten GmBH: Multicodierung (http://www.bgmr.de/de/themen/multicodierung, 22.03.2022)
10 Eigene Weiterentwicklung der Transferagentur für Großstädte in Anlehnung an Euler, Sloane (2016): Kommunales Bildungsmanagement. Kernkomponenten und Gelingensbedingungen
11 vgl. Transferagentur für Großstädte (2019): Themendossier. Daten, Quellen, Institutionen – Neuzuwanderung im Überblick. (https://www.transferagentur-grossstaedte.de/sites/default/files/191126_dossier_01_web.pdf, 22.03.2022)
12 vgl. Videobeitrag Wien wird WOW (2018): Mehrfachnutzung in Wien. (www.youtube.com/watch?v=d-IJChnMYDk, 17.03.2022)
13 vgl. Weitere Informationen zur Smart-City-Strategie: Stadt Wien (2022): Wiener Smart Klima City Strategie – Ziele auf dem Weg zur Klimamusterstadt. Wien. (smartcity.wien.gv.at/wp-content/uploads/sites/3/2022/03/scwr_klima_2022_web.pdf, 22.03.22)
14 vgl. Stadt Wien – Stadtentwicklung und Stadtplanung 2021: Mehrfach genutzt! Beispiele und Tipps zur Umsetzung, S. 4 https:/www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008585.pdf, 17.03.2022)
15 Stadt Wien, Rathaus: (Aussen-)Flächen gemeinschaftlich nutzen. (https://smartcity.wien.gv.at/mehrfachnutzung/, 17.03.2022)
16 vgl. Knapp, Christian; Metejka, Sandra: Leerstandsaktivierung als Motor für eine lebendige Stadt. In: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung: Nr. 11/2016, S. 34–35. (https://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USERDATA/oegz/dokumente/2016-11_OeGZ_Webversion.pdf, 15.03.2022). Weitere Informationen zur Zwischennutzungsagentur im Auftrag des Wiener Stadtratsbüros „Kreative Räume Wien": https://www.kreativeraeumewien.at/, 17.03.2022.
17 vgl. Smart City Berlin (https://smart-city-berlin.de, 17.03.2022).
18 Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei (2021): Strategischer Rahmen für die Entwicklung einer neuen Berliner Smart City-Strategie. Berlin. S. 56. (https://cdn.on.expo-x.com/storage/35848/smartcityber-strategieprozess-doppel-20210705.pdf, 17.03.2021)
19 vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (Hrsg.) (2019): Mehrfachnutzung sozialer Infrastrukturen. Eine Perspektive für das wachsende Berlin. (www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/siko/download/Mehrfachnutzung_SozInfr_SenSW_bf.pdf, 17.03.2022)
20 vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Soziale Infrastruktur-Konzepte (SIKo). (https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/siko/, 15.03.2022).
21 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (Hrsg.) (2019): Mehrfachnutzung sozialer Infrastrukturen. Eine Perspektive für das wachsende Berlin. S. 25. (www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/siko/download/Mehrfachnutzung_SozInfr_SenSW_bf.pdf, 17.03.2022)
22 vgl. Institut für Raumforschung &Immobilienwirtschaft (2020): Mehrfachnutzungen. Organisations- und Bewirtschaftungsmodelle. Studie im Auftrag der Stadt Leipzig. Dortmund. (https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.6_Dez6_Stadtentwicklung_Bau/61_Stadtplanungsamt/Stadtentwicklung/Stadtentwicklungskonzept/Umsetzung_und_Weiterentwicklung/Organisations-und-Bewirtschaftungsmodelle-von-Mehrfachnutzungen.pdf, 17.03.2022)
23 Institut für Raumforschung &Immobilienwirtschaft (2020): Mehrfachnutzungen. Organisations- und Bewirtschaftungsmodelle. Studie im Auftrag der Stadt Leipzig. Dortmund. S. 4. (https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.6_Dez6_Stadtentwicklung_Bau/61_Stadtplanungsamt/Stadtentwicklung/Stadtentwicklungskonzept/Umsetzung_und_Weiterentwicklung/Organisations-und-Bewirtschaftungsmodelle-von-Mehrfachnutzungen.pdf, 17.03.2022)
24 Stadt Leipzig. Besser stapeln! Chancen vertikaler Nutzungsmischung. (https://www.leipzig.de/bauen-und-wohnen/stadtentwicklung/stadtentwicklungskonzept-insek/umsetzung-und-weiterentwicklung/besser-stapeln-vertikale-nutzungsmischung/, 18.03.2022).
25 ebd.
26 Dr. Schulz, Frank 2021. Stadt Mönchengladbach, Fachbereich Stadtentwicklung und Planung (FB 61), Stadterneuerung. Experteninterview. Unveröffentlicht.
27 Weitere Informationen zum Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt": https://www.moenchengladbach.de/de/rathaus/buergerinfo-a-z/planen-bauen-mobilitaet-umwelt-dezernat-vi/fachbereich-stadtentwicklung-und-planung-61/abteilung-stadterneuerung-und-stadtentwicklung/stadterneuerung-staedtebaufoerderung/soziale-stadt-gladbach-westend, 31.03.2022 und https://www.moenchengladbach.de/de/rathaus/buergerinfo-a-z/planen-bauen-mobilitaet-umwelt-dezernat-vi/fachbereich-stadtentwicklung-und-planung-61/abteilung-stadterneuerung-und-stadtentwicklung/stadterneuerung-staedtebaufoerderung/soziale-stadt-rheydt, 31.03.2022
28 vgl. Lorenz, Julia (17.01.2022): Frankfurt braucht noch mehr neue Schulen. In Frankfurter Neue Presse. (https://www.fnp.de/frankfurt/frankfurt-braucht-noch-mehr-neue-schulen-91242549.html, 18.03.2022).
29 Janovic, Inga (07.10.2017): Erstmals mietet die Stadt ein früheres Bürogebäude an und richtet damit Klassenzimmer ein. In Frankfurter Neue Presse. (https://www.fnp.de/frankfurt/erstmals-mietet-stadt-frueheres-buerogebaeude-richtet-darin-klassenzimmer-10441692.html, 18.03.2022).
30 Weitere Informationen: Stadt Frankfurt am Main, Dezernat Planen und Wohnen, Stadtplanungsamt (Hrsg.) (2019): Frankfurt 2030+. Integriertes Stadtentwicklungskonzept. Frankfurt am Main. (https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=18175&psid=4oco1rsi6b1vkba2ido6mi5ob1, 18.03.2022).
31 vgl. Stadt Frankfurt am Main, Dezernat Planen und Wohnen, Stadtplanungsamt (Hrsg.) (2019): Frankfurt 2030+. Integriertes Stadtentwicklungskonzept. Frankfurt am Main. S. 25. (https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=18175&psid=4oco1rsi6b1vkba2ido6mi5ob1, 18.03.2022)
32 vgl. ebd., S. 25.
33 vgl. Magistrat der Stadt Wien, Stadt Wien, Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18) (Hrsg.) (2019): Smart City Wien Rahmenstrategie. 2019–2050. Die Wiener Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Wien. (https://smartcity.wien.gv.at/wp-content/uploads/sites/3/2019/10/Smart-City-Wien-Rahmenstrategie-2019-2050.pdf, 21.03.2022)
34 Stadt Wien – Stadtentwicklung und Stadtplanung (2021): Mehrfach genutzt! Beispiele und Tipps zur Umsetzung, Wien. S. 4 https:/www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008585.pdf, 17.03.2022)
35 Weitere Informationen zum Modell Campus-plus: https://www.wien.gv.at/bildung/schulen/schulbau/campus/campus-plus.html, letzter Zugriff: 24.03.2022
36 Videobeitrag Wien wird WOW (2018): Mehrfachnutzung in Wien. (https://www.youtube.com/watch?v=d-IJChnMYDk, 17.03.2022)
37 vgl. Schmid, Sandra; Thalmann, Oliver (2010): Zwischennutzung | Mehrfachnutzung. Zwei temporäre Raumnutzungsformen aus Sicht der Soziokulturellen Animation. S.36ff.
38 Vgl. Videobeitrag Wien wird WOW (2018): Mehrfachnutzung in Wien. (https://www.youtube.com/watch?v=d-IJChnMYDk, 17.03.2022)
39 vgl. Institut für Raumforschung &Immobilienwirtschaft (2020): Mehrfachnutzungen. Organisations- und Bewirtschaftungsmodelle. Studie im Auftrag der Stadt Leipzig. Dortmund. (https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.6_Dez6_Stadtentwicklung_Bau/61_Stadtplanungsamt/Stadtentwicklung/Stadtentwicklungskonzept/Umsetzung_und_Weiterentwicklung/Organisations-und-Bewirtschaftungsmodelle-von-Mehrfachnutzungen.pdf, 17.03.2022)
40 vgl. Schmid, Sandra; Thalmann, Oliver (2010): Zwischennutzung | Mehrfachnutzung. Zwei temporäre Raumnutzungsformen aus Sicht der Soziokulturellen Animation, S.80.
41 vgl. Stadt Wien – Stadtentwicklung und Stadtplanung (2021): Mehrfach genutzt! Beispiele und Tipps zur Umsetzung, Wien. S. 4 (https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008585.pdf, 17.03.2022)
42 Videobeitrag Wien wird WOW (2018): Mehrfachnutzung in Wien. (https://www.youtube.com/watch?v=d-IJChnMYDk, 17.03.2022)
43 Weitere Informationen: https://www.fabrik-muttenz.ch/, 19.04.2022.
44 Weitere Informationen: Freizeithaus Allschwil (freizeithaus-allschwil.ch), 19.04.2022.
45 Weitere Informationen: https://www.dynamo.ch/, 19.04.2022.